

Öffentlich-rechtlich oder privat?

Auf der Suche nach der Public-Private-Partnership

Zehn Jahre nach Beginn der Kriege im ehemaligen Jugoslawien ist der Umbau der Medienlandschaft noch kaum vorangekommen. Zu gross waren die Widerstände lokaler Machthaber, die divergierenden Interessen und Strategien internationaler Akteure, die Herausforderungen nach 50 Jahren staatlichem Medienbetrieb.

In Kroatien hat der Umbau des staatlichen Medienkonzerns seit dem Machtwechsel Anfang 2000 wenigstens begonnen, ist aber noch nicht weit gediehen. In Bosnien-Herzegowina nimmt die internationale Gemeinschaft nach dem Scheitern des 20 Millionen Dollar teuren *Open Broadcast Network* OBN jetzt einen neuen Anlauf mit einem gesamtbosnischen *Public Broadcast System* PBS und regionalen Radio- und Fernsehanstalten auf Ebene der beiden ethnisch-nationalen Einheiten, die als öffentlich-rechtliche Betriebe aus der bisherigen Staatskontrolle herausgelöst werden sollen. In Kosov@ ist nach zwei Jahren der Krise bei *Radio&Fernsehen Kosova* RTK jetzt endlich etwas Land in Sicht, nachdem das Budget drastisch zusammengestrichen wurde und die Professionalität dank grosser Anstrengungen verbessert werden konnte. In Serbien beginnt die Debatte um den Umbau des vorherigen "TV Bastille", so die Volksbezeichnung für das staatliche Propagandainstrument RTS, erst langsam. Mehrere ExpertInnengruppen haben Strategien und Konzepte erarbeitet, mehrere Konferenzen haben stattgefunden, aber der Umbau klemmt noch auf der allerersten Stufe der personellen Besetzung auf der Führungsetage. In Mazedonien wird mit der akuten Krise erst wieder bewusst, wie problematisch das Staatsradio und -fernsehen MRTV ist. Und selbst in Slowenien, das meist im Zusammenhang mit den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien als problemloser Fall gar nicht mehr erwähnt wird, schüttelt eine Krise nach der nächsten das vormalige Staatsfernsehen.

Der Aufbau öffentlich-rechtlicher Radio- und Fernsehanstalten ist ein zentraler Bestandteil des "institution building", des Aufbaus demokratischer Strukturen. Staatliche Behörden und öffentlich-rechtliche Medien müssen als Dienstleistung an der Gesellschaft unter der Kontrolle der Öffentlichkeit funktionieren und nicht als privatisierte Machtapparate der herrschenden Partei. Um diesen Aufbau voranzubringen, müssen die Prinzipien der Gewaltenteilung durchgesetzt werden – auch und gerade gegen die jeweilige Regierung. Dies setzt mündige BürgerInnen voraus, die ihre Rechte kennen und wahrnehmen, um die Ambitionen der staatlichen Macht zu kontrollieren. Und um diese Mündigkeit zu erreichen, um also nicht nur die regierende Partei auszuwechseln, sondern das politische System zu verändern und längerfristige politische Stabilität zu erreichen, dazu braucht es die ständige Herausforderung unabhängiger Medien und eines dualen Mediensystems, in dem Meinungsvielfalt garantiert ist, weil private Medien als professionelle Konkurrenz um die besten Stories wetteifern.

Private und staatliche Medien müssen ihre Rolle in den sich demokratisierenden Gesellschaften neu definieren und ihren Platz neu finden. Die Staatsmedien müssen ihre staatliche Bevormundung und ihre sklerotischen Strukturen loswerden, während die privaten Medien, die seit Jahren mit ihren Programmen die Rolle von "Public Broadcasters" wahrnehmen und die auch über Erfahrung mit neuer Technologie und in modernem Medien-Management verfügen, sich auf einen langsam entstehenden Markt ausrichten und von internationaler Unterstützung mit der Zeit unabhängig werden müssen. Es gibt für beide Seiten viel zu gewinnen, aber auch viel zu verlieren. Nur miteinander kann der Aufbau gelingen – und dazu braucht es internationalen Beistand, der langfristig angelegt und ausgerichtet ist. Wer heute im ehemaligen Jugoslawien von "exit strategies" spricht, muss erst beweisen, dass er eine Strategie hat, bevor er über den Exit nachdenkt. Um den Exit nicht einfach zum "Übungsabbruch" werden zu lassen, müssen wir die *Private-Public-Partnership* stärken und ausbauen.

Roland Brunner

"Neues RTS"

Radio und Fernsehen Serbiens RTS, berühmt-berüchtigt als "TV Bastille", bleibt in den Schlagzeilen. Die Suche nach einem neuen Chefredaktor für das Informationsprogramm muss von vorne beginnen, weil keiner der drei bisherigen KandidatInnen die Unterstützung von Präsident Kostunica und seiner Partei fand. Der bisherige Chefredaktor war unter Protest zurückgetreten und hatte erklärt, RTS werde auch von der neuen Regierung bevormundet und könne seine Aufgabe als professionelles, unabhängiges Fernsehen nicht wahrnehmen.

Obwohl RTS seit dem Umsturz letzten Oktober das Etikett "Neues RTS" angehängt bekommen hat, blieb beim alten Staatsfernsehen fast alles beim Alten. Weiterhin dient RTS als Propagandainstrument den Machthabern – und nicht der Öffentlichkeit. Informationen über den Leidensweg von RTS finden sich auf der Website der Medienhilfe, vor allem in den wöchentlichen "Media Updates" von ANEM.

Medienarbeit im Kosov@: Aufbruch und Resignation

Für den 17. November sind im Kosov@ Wahlen geplant. Aus Sicht der Medien drohen diese Wahlen zur verpassten Chance zu werden.

Seite 2

Medien zwischen Kriegshetze und Friedensarbeit

Mazedonien taumelt zwischen Krieg und Frieden, ethnischem Hass und multiethnischem Zusammenleben, rechtsstaatlicher Integration und radikalem Separatismus. Welchen Weg Mazedonien einschlagen wird, beeinflussen Medien mit.

Seite 3+4

Aufbruch und Resignation

Am 22. Mai fand in Prishtina eine internationale Konferenz statt, an der die Politik der internationalen Gemeinschaft bezüglich Medienentwicklung diskutiert wurde. Für den 17. November sind im Kosov@ Wahlen geplant. Aus Sicht der Medien drohen diese Wahlen zur verpassten Chance zu werden.

Von Roland Brunner, Geschäftsführer der Medienhilfe Ex-Jugoslawien

Konferenzen gehören zum Alltag internationaler Politik. Auch im Bereich unabhängigen Medienschaffens haben die Koordinationsanstrengungen in den letzten Jahren ständig zugenommen. Am 22. Mai war es die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE, die nach Prishtina einlud, um nächste Schritte und Perspektiven zu besprechen und zu finanzieren.

Die OSZE als Lead Agency

Der OSZE obliegt der ganze Bereich zivilgesellschaftlicher Aufbauprojekte, zu denen auch die Medien gehören. Abteilungen der OSZE kümmern sich um die legalen Rahmenbedingungen, um die Vergabe von Sendefrequenzen, um den Aufbau von *Radio und Fernsehen Kosova* RTK, um ein Monitoring der Medien und um die Ausbildung von JournalistInnen. Zwei Tage vor der Konferenz beispielsweise fand ein Workshop für Radioschaffende statt, an dem 50 RadiojournalistInnen aller Nationalitäten teilnahmen – ein wichtiger Schritt für die gesplante Gesellschaft. Grosses wurde im Verlauf der letzten zwei Jahre geleistet – noch viel mehr bleibt zu tun.

Die Konferenz wurde eröffnet von *Cynthia Eford*, damals noch Leiterin der OSZE-Medienabteilung. Als erstes Traktandum stand die Diskussion über einen Expertenbericht an, der die drei Kosov@-weiten Fernsehstationen unter die Lupe nahm. Verbunden damit war die Diskussion um die weitere Institutionalisierung und Finanzierung von RTK, das mit massiver internationaler Unterstützung zur öffentlich-rechtlichen Anstalt aufgebaut werden soll.

Heftige Debatten um die Fernseh Zukunft

Jean Bernard Muench, Generalsekretär der Europäischen Rundfunkvereinigung EBU und RTK-Genealdirktor *Richard Lucas* kämpften für ihre Station, während *Veton Surroi* und *Tomorr Benishi* für *KOHA Vision* und *Aferdita Kelmendi* und *Xheraldina Vula* für *RTV 21* den Standpunkt privater Medien vertraten.

RTK musste sich unbequeme Fragen gefallen lassen: Weshalb kostet jede Sendeminute hier ein Mehrfaches als bei den privaten Stationen, ohne dass bessere Qualität geboten wird? Wie lässt sich ein Jahresbudget von 1 Million DM für vier internationale MitarbeiterInnen rechtfertigen? Wieso wird RTK als "Public Broadcasr" bezeichnet, obwohl private Stationen mindestens so viele unkommerzielle Sendungen als öffentliche Dienstleistungen anbieten? Kann es angehen, dass RTK sein überhöhtes Budget aus dem beschränkten lokalen Werbemarkt mitfinanziert und die privaten Stationen direkt konkurrenziert?

Auch auf Seiten der internationalen VertreterInnen war klar, dass RTK viel zu teuer ist für den Mehrwert, den die Station gegenüber privaten Stationen bietet. RTK wird dieses Budget kaum halten können, selbst wenn sich die Einnahmen aus den Rundfunkgebühren gemäss Erwartungen entwickeln. Dass RTK seine Ausgaben nun mit Werbung sichern will und trotzdem weiterhin einen grossen Teil internationaler Unterstützung für sich beansprucht, wurde von vielen als direkter Angriff auf das private Medienschaffen betrachtet. Eine Studie, in Auftrag gegeben vom US-amerikanischen Hilfswerk USAID belegt, dass private Medien finanziell nicht überleben können, wenn RTK ihnen Werbeeinnahmen streitig macht.

Fortschritte im Dreiviertelakt

Botschafter *Daan Everts*, Leiter der OSZE-Mission im Kosov@, wies in seiner kurzen Ansprache auf die Fortschritte hin, die im Verlauf der letzten zwei Jahre erreicht wurden. Vor allem im Bereich der rechtlichen Rahmenbedingungen für Medien sei man einen grossen Schritt weitergekommen. Für die allernächste Zeit stellte Everts die rechtlichen Grundlagen für das Funktionalisieren von RTK als öffentlich-rechtlichem Sender in Aussicht.

Ein weiterer kontroverser Traktandenpunkt stand mit dem von der OSZE geplanten "Media Reserach Project" an. Über Einschaltquoten und Auflagezahlen im Kosov@ wird viel spekuliert. Konkrete und belegte Zahlen gibt es aber kaum. Die OSZE ergriff die Initia-

tive, mit einer breit angelegten Untersuchung diese Zahlen zu erheben und eine Grundlage für strategische Medienunterstützung zu schaffen.

Das Projekt stiess aber auf erbitterten Widerstand lokaler Medienschaffender. Im einem Brief hielt die Vereinigung unabhängiger elektronischer Medien im Kosova AMPEK fest, der Zeitpunkt sei verfehlt, da krasse Verzerrungen bei den Voraussetzungen der einzelnen Stationen bestünden. Der Vergleich zwischen RTK und privaten Sendern schaffe angesichts der um ein Vielfaches höheren Unterstützung und des exklusiven Zugang von RTK zu Satellitenübertragung unüberwindliche Nachteile. Die Resultate der Untersuchung könnten dann von Unternehmen so missverstanden werden, dass weitere Werbeeinnahmen RTK zufließen und den privaten Stationen verlustig gehen würden. Trotz aller Bedenken erklärten sich einige Geldgeber bereit, diese Untersuchung gegen den Widerstand lokaler Medienschaffender durchzuführen.

Medienprojekte für die November-Wahlen

Neben Informationen über Medien-Trainings und die Journalismus-Ausbildung an der Universität Prishtina waren die für den 17. November geplanten Wahlen im Kosov@ ein Thema. Die MEDIENHILFE EX-JUGOSLAWIEN erklärte sich bereit, die lokalen Medienpartner einzuladen, ihre Wahlprojekte zu unterbreiten und diese möglichen Geldgebern zukommen zu lassen. Auch die OSZE wurde in dieser Hinsicht aktiv. An der internationalen Konferenz vom 21./22. Juni in Den Haag lag denn auch schon ein gutes Dutzend Projekte im Umfang von rund 1 Million Euro auf dem Tisch.

Leider scheint die Bereitschaft, diese Wahlen als Chance für die Medien und für professionelle Berichterstattung zu sehen, bisher klein. Viele Medien im Kosov@ bangen schon um ihr reguläres Budget für das laufende Jahr, sind doch immer noch viele erhoffte Unterstützungsleistungen nicht gesichert. Die Wahlen im November drohen dieses Loch noch weiter aufzureissen und die Kluft zwischen dem gesellschaftlichen Aufbruch und der Resignation gegenüber internationaler Politik weiter zu vergrössern.

Wir hoffen, einen Beitrag dazu leisten zu können, lokales Medienschaffen zu stärken und die Demokratisierung des Kosov@ mit den Wahlen einen kleinen Schritt voranzubringen.

Medien in Mazedonien

Zwischen Kriegshetze und Friedensförderung

Mazedonien taumelt zwischen Krieg und Frieden, zwischen ethnischem Hass und multiethnischem Zusammenleben, zwischen rechtsstaatlicher Integration und radikalem Separatismus. Welchen Weg Politik und Gesellschaft in Mazedonien einschlagen werden, beeinflussen die Medien entscheidend mit.

Von Claude Nicolet*

Am 14. März beschossen und zerstörten albanische Rebellen in Tetovo die Sendeanlagen der regionalen Radio- und Fernsehstationen. Sie verursachten damit während Tagen ein Nachrichten-Blackout. Bei der Zerstörung handelte es sich nicht um einen sogenannten "Kollateralschaden", sondern um eine gezielte Aktion der Rebellen. Das Nachrichtenloch beschleunigte die Flucht der lokalen Bevölkerung, sah diese doch keine Möglichkeit mehr, Gerüchte über eine unmittelbar bevorstehende Einnahme der Stadt durch die Rebellen zu überprüfen. Verunsicherung und Angst durch Informationsnotstand waren Teil der Kriegsstrategie.

Internationale Organisationen, die im Bereich Medienentwicklung in Mazedonien tätig sind, beschlossen gemeinsamen Beistand und die Beschaffung neuer Sendeanlagen. Ein gemeinsamer *International Media Fund* IMF und staatliche Mittel erlaubten schnelles Handeln. Am 1. Mai konnten die betroffenen Radio- und Fernsehstationen in der Region Tetovo wieder auf Sendung gehen.

Druck auf Minderheiten

Inzwischen ist die Gesellschaft in Mazedonien entlang ethnischer Linien gespalten. Dies ist nicht nur in den Medien, sondern auch in den Kontrollinstanzen sichtbar. Der dem Verkehrs- und Transportministerium unterstehende *Macedonian Broadcasting Council* MBC waltet als Aufsichtsbehörde. Die Erfahrung der letzten Monate zeigt allerdings, dass das Monitoring, auf dem die Ermahnungen und Warnungen an die Medien beruhen, selber eher Teil des Problems als der Lösung ist. Der zentrale MBC beauftragt in den Regionen des Landes Freiwillige, Programme aufzuzeichnen,

* Claude Nicolet arbeitet für die Medienhilfe Ex-Jugoslawien als Koordinator des *International Media Fund* IMF in Mazedonien. Sein Text ist ein Auszug aus einem längeren Artikel, der auf der Website der Medienhilfe unter www.medienhilfe.ch/news zu finden ist.

die ihrer Meinung nach gegen Gesetze und Bestimmungen verstossen. Die Auswahl der Programme und damit der gemeldeten möglichen Verstösse wird so Leuten überlassen, die nach Gutdünken handeln und nicht die professionellen Voraussetzungen mitbringen. Obwohl diese Freiwilligen keine Entscheidungsgewalt haben, können sie dem MBC Ratschläge erteilen und auf angebliche Gesetzesverletzungen hinweisen.

Es überrascht nicht, dass sich die Quote der ermahnten und gewarnten Stationen während der letzten Monate zuungunsten der albanisch-sprachigen Medien verschoben hat. Auch wenn etliche dieser Interventionen des MBC gerechtfertigt waren, ist es beunruhigend zu sehen, was in mazedonisch-sprachigen Medien ohne Verzeigung erlaubt bleibt. Als eine Journalistin von *Channel 5* vor laufender Kamera eine Granate gegen eine UÇK-Stellung bei Tetovo abfeuerte – mit dem Kommentar, dies sei die Antwort der Mazedonier auf die Rebellen –, verweigerte der MBC eine Verurteilung. Es habe sich dabei nur um einen Witz gehandelt, lautete die höhnische Rechtfertigung. Der "Witz" muss wohl eher als grober Verstoss gegen journalistische Professionalität bezeichnet werden.

Professionalität als Risiko

Professionelle Berichterstattung direkt aus dem Krisengebiet ist nur möglich, wenn Medienschaffende entsprechend ausgebildet und geschützt sind. Der *International Media Fund* hat sich dies als eine der höchsten Prioritäten gesetzt. Aus Grossbritannien wurden für fünf Ausbildungskurse Experten eingeflogen, die knapp 100 Medienschaffende von 38 Medien in allen Sprachen des Landes über Minengefahren und Waffensysteme, Erste-Hilfe-Massnahmen, Verhaltensregeln im Kriegsgebiet sowie Rechte und Pflichten gegenüber Militär, Polizei und Behörden unterrichteten. Zusätzlich werden aus dem Fonds kugelsichere Westen und Helme gekauft, die über den Journalistenverband Medienschaffenden für ihre Ar-

beit zur Verfügung gestellt werden.

Medienschaffende treffen weitere Gefahren an. Medienteams oder -besitzer wurden verschiedentlich mit Erpresserbriefen und Todesdrohungen gewarnt, gewisse Reportagen nicht zu senden. Ein sozusagen umgekehrtes Schicksal erfuhr ein Fernsehsender der Roma-Minderheit. Die grösste und nationalistische Regierungspartei der slawischen Mazedonier, VMRO-DPMNE, versuchte den Besitzer der Station zu einer Reportage zu zwingen, die das angeblich friedliche Zusammenleben der Roma mit den slawischen Mazedoniern in der Tetovo-Region unterstreichen sollte. Die Reportage hätte den slawischen Sicherheitskräften und Parteien als Propaganda gegen den albanischen Separatismus dienen sollen. Der Besitzer der Station befürchtet aber wohl zurecht, dass sich ein ähnliches Verhaltensmuster wie im Kosovo entwickeln könnte: Roma wurden zuerst zur Kooperation mit dem serbischen Regime genötigt, um danach von der ethnisch-albanischen Bevölkerung als Sündenbock vertrieben zu werden. Noch ist es ihm gelungen, den Druckversuchen zu widerstehen.

Ethnisch verzerrte Wahrnehmung

Kurz nachdem die Verhandlungen zu einer politischen Lösung des Konfliktes begannen, wurde der Parteipräsident der grössten ethnisch-albanischen Partei DPA als "Engelsgesicht des Teufels" bezeichnet. Es verging kein Tag, an dem nicht ein albanisches Regierungsmitglied des Hochverrats bezichtigt wurde.

Die Ungeheuerlichkeit der Beschuldigungen stieg proportional mit der Eskalation der Krise. Als westliche Truppen den Rückzug ethnisch-albanischer Kämpfer aus dem Ort Aracinovo eskortierten, veröffentlichte die wohl meistgelesene mazedonisch-sprachige Zeitung *Dnevnik* die Behauptung eines ehemaligen Beamten. Danach sei die Rückzugsoperation von westlichen Diplomaten aufgezwungen worden, um Drogenlabore zu schützen, die Drogen an Kinder abgeben würden.

Die Trennung zwischen "eigen" und "fremd" ist ein weiteres Phänomen der Medien in Mazedonien heute. Vor kurzem fragte ein Journalist der albanisch-sprachigen Zeitung *Flaka* einen UÇK-Kommandanten: "Sind sie Optimist, dass wir bald in Tetovo Kaffee trinken werden?" "In Tetovo Kaffee trinken" stand bildlich dafür, dass die Stadt von

Fortsetzung nächste Seite

der UÇK kontrolliert werde. Vor allem die Bezeichnung "wir" ist aber bedeutend: Die Verbrüderung des Journalisten mit dem Kommandanten war sprachlich vollzogen.

In Zeitungen wird auch mit Hilfe von Bildern auf die Emotionen der Leserschaft gesetzt. Einige Publikationen sind voll mit Fotografien von geschwollenen Gesichtern, die von Folterungen des Kriegsgegners stammen sollen. Von all den slawisch-mazedonischen Flüchtlingen, die Ende Juli mit Bussen nach Skopje vor das Parlamentsgebäude gefahren wurden, wurde immer wieder dieselbe Mutter mit ihrem Sohn auf dem Arm abgebildet. Das Kind lag scheinbar regungslos mit offenem Mund an die Schulter der Mutter gelehnt. Fast kein Blatt erwähnte, dass es sich dabei um ein zerebralgelähmtes Kind handelte. Eine Zeitung ging soweit, den Knaben als ein unter den Strapazen bewusstlos gewordenes Opfer zu bezeichnen. Solche Manipulationen sind Teil ethnischer Propaganda, der wir mit unserer Unterstützung für professionelles Medienschaffen entgegenzutreten.

Friedensbildende Massnahmen

Die Medienhilfe Ex-Jugoslawien leistet im Rahmen des *International Media*

Fund IMF in Mazedonien Nothilfe gegen Kriegshetze. Die schnellstmögliche Errichtung neuer Sendeanlagen in Tetovo und das Sofortprogramm zur Verbesserung der Sicherheit der Medienschaffenden mit Kursen und Ausrüstung wurden erwähnt. Die wichtigste Massnahme besteht aber in direkter Unterstützung, um das Überleben der neun beteiligten Radio- und Fernsehsender zu sichern. Angesichts des krisenbedingten Zusammenbruchs der Werbeeinnahmen hängt die Existenz unabhängigen Medienschaffens davon ab. Ein gemeinsames *Crisis Assistance Program* bildet seit April dieses Jahres den Schwerpunkt des IMF. Gleichzeitig muss jedoch nach Perspektiven gesucht werden, um diese Medien längerfristig von Unterstützung unabhängig zu machen.

Es ist wichtig, der zunehmenden Polarisierung von Politik und Gesellschaft mit interethnischen Kooperationsprojekten entgegenzutreten. Ein Grundsatz muss bleiben, keine Projekte gegen lokale Medienpartner zu erzwingen, wenn diese dazu (vorläufig) keine Möglichkeit sehen. Geplant ist zum Beispiel der Aufbau eines Fernsehverbundes, der beteiligten Fernsehstationen über Internet den Austausch von Bildern und Berichten aus diversen Landesregionen ermöglicht.

Das Abwägen zwischen momentan prioritärer finanzieller Unterstützung und der Ermutigung zur Lancierung längerfristiger, kooperativer Projekte ist eine Herausforderung für unsere internationale Medienhilfe, aber vor allem für die lokalen Medienpartner.

Alle Bemühungen zielen darauf ab, professionellen Medien zu ermöglichen, mit vertrauens- und friedensbildender Berichterstattung ihre Verantwortung im Aufbau der Zivilgesellschaft wahrzunehmen.

MOMA-(SP)ENDE

Nach fünf Jahren und mehr als 50 Ausgaben hat MOMA, das Monatsmagazin für neue Politik, sein Erscheinen per Ende 2000 eingestellt. MOMA hat sich immer wieder intensiv mit dem ehemaligen Jugoslawien und der Arbeit der Medienhilfe Ex-Jugoslawien beschäftigt und wesentliche Beiträge zu diesen Themen veröffentlicht. Schon im ersten Heft vom Frühjahr 1995 finden sich längere Beiträge von MitarbeiterInnen der Medienhilfe Ex-Jugoslawien über Medien und Krieg.

Per Mitte 2001 wurde nun das Restvermögen der Zeitschrift aufgelöst und als politisches Vermächtnis der AbonnentInnen, SpenderInnen und HerausgeberInnen zum Teil der Medienhilfe Ex-Jugoslawien überwiesen. MOMA unterstützt die Arbeit der Medienhilfe Ex-Jugoslawien mit einem Betrag von 8500 Franken zugunsten aktueller Projekte in Mazedonien. Wir sind sicher, dass diese Unterstützung einen Beitrag leistet zu einer neuen Politik, wie sie MOMA als Herausforderung sah.

Die MOMA-Redaktion

Danksagungen an SpenderInnen

Nicht nur MOMA, das Monatsmagazin für neue Politik, hat die Medienhilfe Ex-Jugoslawien seit dem letzten Info mit namhaften Spenden unterstützt. Auch von den Städten Biel, Kreuzlingen und Lausanne, der Gewerkschaft Bau&Industrie GBI, dem Migros Kulturprozent, dem Pfarrverein des Kantons Zürich, dem Zürcher Freitagstreiff / Wunderbar im Kreis 5, der Mitant Handels AG und unzähligen LeserInnen des Info durften wir Beiträge entgegennehmen, wie direkt unseren ProjektpartnerInnen zugute kommen. Im Namen aller PartnerInnen bedanken wir uns für Ihre Spende.

Medienhilfe Ex-Jugoslawien

IMPRESSUM

Herausgeberin: Verein
Medienhilfe Ex-Jugoslawien
Postfach, 8031 Zürich
Tel. 01/272 46 37
Fax 01/272 46 82
info@medienhilfe.ch

Verantwortlich: Roland Brunner
Das Medienhilfe-Info erscheint 4mal jährlich. Es geht an die Mitglieder des Vereins Medienhilfe.
Druck: ropress, Zürich

Adressänderungen an:
Medienhilfe Ex-Jugoslawien, Postfach, 8031 Zürich

MH
xJU Medienhilfe Ex-Jugoslawien

**Ihr Beitrag zu Frieden und Demokratie:
Ihre Unterstützung für unsere Arbeit**

**Solidarisch und professionell
gegen Nationalismus und Chauvinismus**

Tel (+41) 01/272 46 37, Fax (+41) 01/272 46 82, PC 80-32253-9
info@medienhilfe.ch, <http://www.medienhilfe.ch>

Ihre Spenden auf PC 80-32253-9